

Peter Brandt · Detlef Lehnert (Hg.)

Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich

1918–1983



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0495-2

© 2017 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Ralf Schnarrenberger, Hamburg

Satz:
Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2017

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Detlef Lehnert

Einleitung	9
1 Die SPD-Regierungschefs in der Weimarer Republik	12
2 Sozialdemokratische Kanzler Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland	18

Bernd Braun

Das Amt des Reichskanzlers in der Weimarer Republik	23
1 Grundzüge der Weimarer Kanzlerschaften in historischen Kontexten	26
2 Die drei sozialdemokratischen Reichskanzler der Weimarer Republik	36
3 Unterschiedliche Gründe des Endes der sozialdemokratischen Kanzlerschaften	43
4 Fazit	46

Walter Mühlhausen

Friedrich Ebert (1871–1925): Vom Parteivorsitz zur Reichspräsidentenschaft	49
1 Vom Sattlergesellen zum Arbeiterführer – Prägungen	51
2 Demokratie als Leitbild	56
3 Der Reichspräsident als Machtzentrale, Integrator und Mitspieler	60
4 Regierungspraxis in der Demokratie: Koalition und Kompromiss	67
5 Nation und Volksgemeinschaft	69
6 Repräsentation und Integration	71
7 Präsident und Partei	73
8 Vom Milieupolitiker zum Staatsmann	75

Christian Gellinek

Philipp Scheidemann (1865–1939): Reichsministerpräsident zwischen Nationalversammlung und »Versailles«	79
1 Aus welchen Gründen wurde Scheidemann kanzlerministrabel?	82
2 Was machte der Politiker Scheidemann als Ministerpräsident?	86
3 Wie ist Scheidemanns Ministerpräsidentenschaft zu bewerten?	88

4 Eine späte Würdigung	90
5 Nachwort	93

Tim B. Müller

Gustav Bauer (1870–1944) und seine Zeitgenossen:

Demokratische Visionen	97
1 »Buhmann« Bauer	100
2 Bauer, Erzberger und die Etablierung der Demokratie	103
3 Demokratievorstellungen Bauers im Regierungskontext	110
4 Die große Steuerreform	121
5 Schluss	125

Rainer Behring

Hermann Müller (1876–1931) und die Chancen

der Weimarer Republik	127
1 Ein vergessener Politiker im Urteil von Zeitgenossen und Nachlebenden	128
2 Grundlegung der Weimarer Außenpolitik: Reichsminister des Auswärtigen und Reichskanzler 1919 bis 1920	140
3 Offene Zukunft: Reichskanzler 1928 bis 1930	147
4 Resultate, Fragen, Kritik	154

Siegfried Heimann

Otto Braun (1872–1955): Als Ministerpräsident

»der rote Zar von Preußen«	159
1 Heute vergessen?	159
2 Herkunft, politische Anfänge bis 1918 und preußischer Landwirtschaftsminister	161
3 Der Ministerpräsident seit 1920	162
4 Das Verhältnis Reich – Preußen und die gescheiterte Reichsreform	170
5 Verteidigung der Republik	174
6 Der gescheiterte Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags 1931	176
7 Der »Preußenschlag« im Juli 1932 und die Regierung Otto Braun	181
8 Emigration, Kriegsende und keine Rückkehr	184

Richard Saage

Karl Renner (1870–1950): Österreichischer Staatskanzler nach zwei Weltkriegen	187
1 Der Aufstieg eines Homo politicus	187
2 Vom Leiter der Kanzlei des Staatsrats zum Staatskanzler der Ersten Republik	190
3 Erster Staatskanzler in der Zweiten Republik	198
4 Bilanzierende Schlussbemerkungen	205

Einhart Lorenz

Willy Brandt (1913–1992): Der SPD-Vorsitzende und Kanzler des internationalen Erfahrungshintergrunds	209
1 Rückkehr nach Deutschland und Stationen des politischen Lebensweges	212
2 Einflüsse des skandinavischen Exils als Leitfaden	215
3 Die Bedeutung der politischen Kultur	219
4 Zu Brandts außenpolitischem Denken	223
5 Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus	229
6 Programatische Einflüsse?	232
7 Bedeutung internationaler persönlicher Kontakte und der Sprache	236
8 Kanzlerjahre	237
9 Fazit	242

Oliver Rathkolb

Bruno Kreisky (1911–1990): Der »beste zweite Mann« als beliebtester Bundeskanzler der Zweiten Republik	247
1 Ein österreichisches Paradoxon	247
2 Familiäre Prägungen	253
3 Geschichtspolitik und die Nachwehen des Nationalsozialismus	256
4 Katalysator der Moderne	260
5 Reformpolitik mit Konzeptionen und »Bauchgefühl«	264
6 »Schuldenpolitik« neu betrachtet	270
7 »Österreichische Außenpolitik ... eine nationale Politik im besten Sinne des Wortes«	274

8 Das internationale Netzwerk Brandt – Palme – Kreisky	277
9 Epilog	280
Hartmut Soell	
Helmut Schmidt (1918–2015): Kanzler der internationalen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen	283
1 Politischer Weg 1953–1974: Bundestagsabgeordneter, Senator, Fraktionsvorsitzender, Minister	284
2 Bundeskanzler 1974–1982 mit sicherheitspolitischer und weltwirtschaftlicher Kompetenz	288
3 Kanzlersturz 1982 und Konturen einer Bilanz	294
Die Autoren und Herausgeber	298
Abbildungsnachweis	301

Detlef Lehnert

Einleitung

Die sozialdemokratischen Regierungschefs in Deutschland und Österreich von 1918 bis 1983 in den Blick zu nehmen, soll keineswegs der These eines (kurzen) sozialdemokratischen 20. Jahrhunderts folgen, und sei es allein für diese benachbarten Staaten.¹ Nur die Anfangs- und Endphase entspricht solchem Muster: Von der Revolution im November 1918 bis zur Jahresmitte 1920 standen in Deutschland (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Hermann Müller) und in Österreich (Karl Renner) Sozialdemokraten auf gesamtstaatlicher Ebene an der Regierungsspitze. Dorthin gelangten, mit Ausnahme der nicht einmal zweijährigen weiteren Kanzlerschaft Müllers 1928 bis 1930 in Deutschland und Renners für eine kurze Übergangsphase 1945 in Österreich, nach einem halben Jahrhundert erst wieder Willy Brandt und Bruno Kreisky im Herbst 1969/Frühjahr 1970.

1 Die Hg. dieses Bandes haben eine Überblicksdarstellung vorgelegt, auf die anstelle einzelner Belege verwiesen sei: Peter Brandt/Detlef Lehnert, »Mehr Demokratie wagen«. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2013. Ergänzung mit österreichischen Aspekten: Helene Maimann (Hg.), Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988, Wien 1988.

Das war auf jeweiliger Länderebene zwar deutlich anders; doch nur die (mit kurzer Unterbrechung 1921 und 1925) zwölfjährige Ministerpräsidentenschaft Otto Brauns in Preußen zwischen 1920 und 1932 kann angesichts der gut 60 % der deutschen Bevölkerung ausmachenden Größe dieses Landes dazu führen, ihn zusammen mit teilweise nur kurz amtierenden Reichskanzlern in diesen Band aufzunehmen. Die Regierungszeit Helmut Schmidts als Nachfolger Brandts endete im Herbst 1982 nur ein halbes Jahr vor derjenigen Kreiskys. Seither fehlt, abgesehen von wohl immer noch zu geringer Distanz für ein profundes zeithistorisches Urteil, die sinnvoll proportionierte Vergleichbarkeit: In Deutschland gab es allein noch die SPD-Kanzlerschaft Gerhard Schröders 1998–2005, während in Österreich die SPÖ bis auf das ÖVP/FPÖ-Intermezzo 2000–2007 stets den Bundeskanzler stellte: zunächst in Koalition mit der vorübergehend etwas liberalisierten FPÖ (Fred Sinowatz 1983–1986), dann in Großen Koalitionen mit der ÖVP (Franz Vranitzky 1986–1997 nach rascher Trennung von der Haider-FPÖ, Viktor Klima 1997–2000, Alfred Gusenbauer 2007–2008, Werner Faymann 2008–2016 und Christian Kern seit 2016).²

Dieser aus einer Tagung der Paul-Löbe-Stiftung im November 2015 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin hervorgegangene Band kann nicht allein die Regierungsperioden in vergleichender Gegenüberstellung von neun Fallstudien betrachten. Dazu waren die entsprechenden Tätigkeitsperioden von wenigen Monaten bis zu mehr als zwölf Jahren zu unterschiedlich. Bei den Amtsbefugnissen, die im Personenwechsel der Weimarer Republik mit unmittelbar nachfolgendem Überblick von *Bernd Braun* auch im Vergleich der Amts-

2 Auch schon in der Zeitspanne bis 1983 würden sozialdemokratische Länderchefs (die erste Frau war – abgesehen von der interimistischen Amtswahrnehmung Louise Schröders in Berlin 1947/48 – seit 1993 Heide Simonis in Schleswig-Holstein, weswegen dieser historische Band eine diesbezügliche frühere weibliche Nichtrepräsentation in jeder Hinsicht ungeschminkt dokumentiert) ein weiteres Buch füllen. Zunächst einfallen würden Kundigen aus jeweiligen Entwicklungsabschnitten (außer der Sonderrolle Regierender Bürgermeister in Berlin wie vor Willy Brandt schon Ernst Reuter 1948–1953) wohl die Namen Georg-August Zinn (Ministerpräsident in Hessen 1950–1969) sowie für Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn (1966–1978) und Johannes Rau (1978–1998).

träger erläutert werden, fällt in staaten- und epochenübergreifender Perspektive zunächst eine Ungleichzeitigkeit auf: Die österreichische Erste Republik kannte wie später die Bundesrepublik Deutschland keinen einflussreichen Präsidenten; denn auch die Verfassungsnovelle 1929 wurde in *dieser* Hinsicht nicht mehr vor dem Abgleiten in den autoritären Staat 1933/34 weitgreifend politisch umgesetzt. Hingegen sieht die Zweite Republik (ab 1945) sowie zuvor die Weimarer Republik einen vom Volk gewählten Präsidenten auch in konkreter Praxis vor, ließ aber dessen Kompetenzen in der Verfassungswirklichkeit nie anwachsen oder gar ausufern.

Zumal in aller Regel in den vier einbezogenen Republiken zweier Staaten Koalitionen bestanden, konnte im Kanzleramt nur selten eine weitreichende politische Richtlinienkompetenz ausgeübt werden. Nicht zufällig waren allein die mindestens eine Legislaturperiode mit absoluter Mandatsmehrheit regierenden Kanzler Adenauer (CDU) und Kreisky ähnlich bestimmend wie sonst die britischen Premiers (dort auf der Basis des Mehrheitswahlrechts); sie verschafften damit auch ihren Parteien eine nachwirkende gesamtstaatliche Führungsrolle. Gleichzeitig alleinige Parteivorsitzende auch in den Kanzlerjahren waren bis 1983 nur Brandt und Kreisky; aber beide übernahmen 1964 bzw. 1967 die Parteiführung in der Oppositionsrolle. Während Brandt vor der Kanzlerschaft von 1966 bis 1969 Außenminister und Vizekanzler in der Großen Koalition war, gelang im Betrachtungszeitraum nur Kreisky 1970 ein kompletter Regierungswechsel gegen eine zuvor mit absoluter Mehrheit regierende ÖVP (so wie die rot-grüne Regierung Schröders 1998 bislang der einzige komplette Regierungswechsel in Deutschland durch Wahlen geblieben ist).

In einer nach jeweiliger Autorenentscheidung unterschiedlichen Proportionierung und Bewertung werden nachfolgend auch die politischen Wege bis an die Regierungsspitze einbezogen. Bei erster Gegenüberstellung zu den (nach dem Weimarer Sprachgebrauch noch: Reichs-)Deutschen fällt bei den beiden Österreichern der im Studium erworbene Dokortitel auf. Das traf später auch für den – wohl als einziger Nachfolger eine zeitprägende Gestalt in der NS-Vergangenheits-»Bewältigung« und dem EU-Beitritt darstellenden –

Langzeitkanzler Vranitzky zu, jedoch als Ökonom und nicht Jurist wie die Vorgänger.³ Allerdings entstammte nur Kreisky gutbürgerlichem (und als einziger Regierungschef auch gesamtfamiliär jüdischem) Herkunftsmilieu. Demgegenüber waren die übrigen Akademiker – von Renner bis Schmidt – Bildungsaufsteiger aus kleinbäuerlichen bzw. kleinbürgerlichen Verhältnissen, dabei zugleich mit frühen persönlichen Kontakten ins nicht allein organisationspolitische Arbeitermilieu. Vom einstigen Sattlergesellen Ebert und den Schriftsetzern/Druckern Scheidemann und Braun führte auch zuvor bei den Regierungschefs der SPD über die Angestellten Bauer und Müller bis zum Journalisten mit Abitur Brandt eine auf der Zeitachse deutliche Linie des Bildungsaufstiegs. Freilich blieben gerade im Kaiserreich die Begabtenreserven der qualifizierten Handwerksberufe noch weithin unausgeschöpft. Denn z. B. Scheidemann hatte neben der Berufsarbeit sogar Universitätsvorlesungen besucht; er war als ein solcher Autodidakt nicht nur ein sehr guter Redner, sondern zugleich ein durchaus talentierter Buchautor, dem es eher an besonderer Neigung zu Routinetätigkeiten jenseits wortgewandter Verhandlungsführung mangelte.

1 Die SPD-Regierungschefs in der Weimarer Republik

Damit wird auch schon ein Stichwort gegeben, warum Ebert und nicht der sechs Jahre ältere und öffentlich stärker profilierte Scheidemann – als ihm formell gleichberechtigter Parteivorsitzender – im November 1918 der erste sozialdemokratische Regierungschef ge-

3 Übrigens hatten 1994/95 sämtliche rivalisierenden Spitzenkandidat/inn/en den akademischen Titel Dr. jur.: Erhard Busek/ÖVP, Jörg Haider/FPÖ, Madeleine Petrovic/Grüne, Heide Schmidt/Liberales Forum. Vielleicht sogar, weil Österreich in der Ersten Republik die Adelstitel konsequenter als in Deutschland beseitigte, »adelten« seither umso mehr diverse Bildungsabschlüsse das bürgerliche Leben. Für die beiden noch lebenden Bundespräsidenten gilt sogar: Heinz Fischer ist wie sein Nachfolger Alexander Van der Bellen nicht nur promoviert, sondern habilitiert und berechtigter Träger des Titels »Professor«.

worden ist. Als letzten Kanzler des Kaiserreichs oder ersten der Weimarer Republik sollte man Ebert nicht bezeichnen, denn der Amtsvorgänger Prinz Max von Baden hatte weder das verfassungsmäßige noch ein aus eigener revolutionärer Massenunterstützung informell legitimiertes Recht, die Kanzlerschaft auf Ebert zu übertragen. Aber diese Kontinuitätsfiktion einer »Revolution von oben« stützte Eberts Stellung nicht allein gegenüber der vorwiegend noch obrigkeitlich gesinnten höheren Beamtschaft, sondern verschaffte ihm auch in der gleichzeitig im Gange befindlichen Revolution von unten einen weiteren Startvorteil. Im Rat der Volksbeauftragten, nach pointierter Formulierung Scheidemanns eine Art »sechsköpfiger Reichskanzler«⁴, war zugleich Eberts Profil als Vertreter der gerade wegen ihres gewerkschaftlichen Rückhalts weitaus stärkeren Partei (gegenüber drei USPD-Vertretern) von ausschlaggebendem Gewicht. Ferner zeichnete ihn seine die SPD-Kollegen Scheidemann und Dr. jur. Otto Landsberg deutlich übertreffende Organisationspraxis aus, die Ebert als früherer Arbeitersekretär und dann Nachfolger des legendären »Praktizisten« Ignaz Auer als ein im Hintergrund bleibender, höchst effektiver Leiter des Parteiapparats einbrachte.

Zwar ist der Rechtsanwalt jüdischer Herkunft und seit 1917 USPD-Vorsitzende Hugo Haase zuvor sozusagen der »Kronprinz« (1911 dem verstorbenen zweiten SPD-Vorsitzenden Paul Singer nachfolgend) des 1913 gestorbenen »Arbeiterkaisers« Bebel gewesen. Doch als pro forma gleichberechtigter Mitvorsitzender des Rates der Volksbeauftragten bis zum Ausscheiden der USPD Ende Dezember 1918 hätte sich Haase wohl nur mit Gewaltmitteln auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie behaupten können, was aber nicht seinen Vorstellungen entsprach. Zwar folgten jeweils zwei Parteivorsitzende (nach SPD/USPD-Vereinigung 1922 sogar für etliche Jahre drei) einem kollegialen sozialdemokratischen Führungsmodell – entgegen dem Personenkult um den einen preußenakzentuierten (ADAV-)Partei-gründer Ferdinand Lassalle, während Bebel und Wilhelm Liebknecht gemeinsam als Gründungsfiguren der mehr antipreußischen »Eise-

4 Philipp Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921, S. 211.

nacher« SDAP auftraten. Ein »Regierungschef« war aber immer nur als Einzelperson realistisch vorstellbar, und das war in den Revolutionswochen seit dem 9. November 1918 de facto und durch Zusammensetzung des Reichsrätekongresses Mitte Dezember auch neu bestätigte Übermacht seiner Partei allein Ebert.

Aus heutiger Sicht könnte man nach Lektüre der Beiträge von *Walter Mühlhausen* und *Christian Gellinek* bedauern, dass Ebert nicht aus der Kontinuitätsfiktion – gewissermaßen eines politisch und sozial neu akzentuierten späten Erben Bismarcks in demokratischer Reichs-umgründung – das Festhalten an der Funktion des Kanzlers ableitete. Dann wäre vielleicht schon vor Adenauer (der 1949 weniger Stimmenanteile hatte) ein Schritt in Richtung parlamentarisch-koalitionärer »Kanzlerdemokratie« gegangen worden und das Präsidentenamt mehr dem österreichischen Muster gefolgt (dort wurde es von Dr. jur. Michael Hainisch übernommen, Sohn der liberalen Frauenrechtlerin Marianne Hainisch). Denn Scheidemann⁵ erscheint wohl rückblickend in den Repräsentations- und Redeämtern eines möglichen Reichs- oder Reichstagspräsidenten (noch) besser geeignet als in der ersten republikanischen Kanzlerschaft, vor Inkrafttreten der Weimarer Verfassung im August 1919 als »Reichsministerpräsident«. Nicht zu übersehen ist bei allem Weimarer Neubeginn dennoch, wie die Endphase des Kaiserreichs fortwirkte: Vor Eberts interimistischer Kanzlerschaft waren seine Nachfolger Scheidemann und Bauer als einzige Sozialdemokraten bereits ins Kabinett Max von Baden eingetreten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch bekannt und sogar in der eigenen Partei nicht sonderlich geschätzt, während Ebert und Scheidemann mit auch eher positiven Eintragungen in Geschichtsbüchern wenigstens umstritten waren, sind deren Nachfolger Gustav Bauer und Hermann Müller überhaupt erst wieder in das historische

5 Die Literatur zu den Regierungschefs wird in den einzelnen Beiträgen verzeichnet, sodass die Fußnoten dieser Einleitung knapp gehalten sind. Dieser Titel ist aber erst jüngst erschienen und daher auch wegen Onlinezugriffs nachzutragen: Walter Mühlhausen, Philipp Scheidemann 1865–1939. Arbeiterführer und Republikgründer, Wiesbaden 2016 (http://www.hlz.hessen.de/fileadmin/pdf/blickpunkt/Blickpunkt22-Philipp_Scheidemann.pdf).

Gedächtnis zurückzurufen. Bauer war immerhin seit 1908 der Stellvertreter des allein bekannt gebliebenen Carl Legien als – von der Gründung 1890 bis zum Tod 1920 amtierend – mächtiger Vorsitzender des gewerkschaftlichen Dachverbands »Generalkommission«, also der Vorläuferformation des ADGB (und späteren DGB). Mit der gewerkschaftlichen Mehrheits- und Verbandslinie teilte Bauer im Ersten Weltkrieg das Festhalten an der Kreditbewilligungs- und Burgfriedenspolitik, verbunden mit schroffer Ablehnung der Kritik, wie sie über die USPD-Abspaltung 1917 hinaus auch in Teilen der Mehrheits-SPD zu finden war, seither zeitweise »MSPD« abgekürzt. Als Hauptmotiv der staatsintegrationistischen Grundhaltung von Gewerkschaftern wie Bauer ist deren Aufwertung in den Kriegsjahren mit einem Schwerpunkt in primär sozial- und manchen angrenzenden wirtschaftspolitischen Fragen auszumachen. Während nicht in allem gegenüber Eberts Politik unkritische Vertreter der Mehrheitslinie wie Scheidemann in der konservativen und teilweise auch nationalliberalen Propaganda noch in alter Manier diffamiert wurden, rückte die gewerkschaftliche Organisationskraft allmählich zu den tragenden Säulen der Kriegswirtschaft auf. Diese war rein privatkapitalistisch nicht zu bewältigen, und so traten jenseits der mehr praxisbezogenen gewerkschaftlichen Wirkungskreise im MSPD-Spektrum einige Ansätze hervor, an den sog. »Kriegssozialismus« anschließende Konzepte von Plan- und Gemeinwirtschaft entwickeln zu wollen. Solchen Weg gingen aber die Gewerkschaften nach dem Staatsumsturz bewusst nicht, denn seit dem Stinnes-Legien-Abkommen der unternehmerischen und gewerkschaftlichen Spitzenverbände von Mitte November 1918 war deren Bestreben ersichtlich, keinesfalls einem Primat der Regierungspolitik zu unterliegen.

Insofern kann es in Kenntnis solcher Vorgeschichte der Kriegsjahre und Revolutionsmonate nicht überraschen, dass *Tim B. Müller* den bislang nur als Gewährsmann des Reichspräsidenten Ebert gedeuteten Kanzler Bauer nicht allein als Mitträger der Realpolitik in der Annahme des Versailler Vertrags, die Scheidemann verweigerte, und von Erzbergers Finanzreform betrachtet, die Großverdiener scharf progressiv heranzuziehen strebte. Unzutreffend wäre es aber,

Bauers Kabinett in manchen Akzenten seiner öffentlichen Stellungnahmen fast schon als Vorläufer der – erst der Zeit nach 1945 zugeordneten – »Westernisierung« von gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Politikkonzepten zu deuten.⁶ Zwar bediente sich Bauer auf der Linie einer Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit für besondere (Parlaments-)Auftritte bereits wortgewandterer Redenschreiber. Diese mögen auch herkunftsbedingt nach der Lernprozesse auslösenden Kriegsniederlage für eine »Verwestlichung« der zentraleuropäischen Gedankenwelt früher empfänglich gewesen sein als klassische Sozialdemokraten. Freilich auch diese hatten zumeist das Zarenrussland (und in dessen Nachfolge Lenins Sowjetrussland) negativ und im Vergleich dazu in unterschiedlicher Akzentuierung westliche Demokratien trotz fortbestehender Kritik an deren Gesellschaftsordnung verfassungsmäßig positiver wahrgenommen. Die Einbettung in den zeitgenössischen Diskussionskontext zur konzeptionellen Profilierung der Weimarer Republik ergibt mehr ein Bild, das eine Übertragung der nationalen Integration aus der Burgfriedens-Ära in den Stolz auf die nunmehr fortgeschrittenen demokratischen Errungenschaften zeigte – bei gleichzeitiger Bereitschaft der Einbindung in die internationalen Vertragswerke und Organisationen.

In unmittelbarer Nachfolge im Reichskanzleramt wirkte Hermann Müller als der Bauers Grundorientierungen flankierende Außenminister und zugleich, neben dem mit seiner Rede gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz bekannteren Otto Wels, von 1919 bis 1928 einer der beiden SPD-Vorsitzenden. Wie sein Vorgänger Bauer war auch Müller – jedoch statt über die Gewerkschafts- in der Parteiorganisation – schon zuvor aufgestiegen und einer der engeren Vertrauten

6 Zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg: Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003. Da »westliche« Orientierungen z. B. an schweizerischen, französischen und englischen Mustern (teilweise auch über Exilzeiten im 19. Jh.) seit den Anfängen der Sozialdemokratie zu verzeichnen waren, ist mit diesem Begriff primär der wachsende Einfluss der Wahrnehmung einer neuen weltpolitischen Rolle der USA und der amerikanischen Verbindungen von Hochkapitalismus und Massendemokratie gemeint. Als über das Kennedy-Vorbild von 1960 am meisten ausgeprägt »westernisiert« können die Wahlkämpfe Brandts als Kanzlerkandidat 1961 und 1965 gelten.

Eberts, der so als eine übergeordnete Figur im Gefüge der frühen SPD-Regierungschefs erscheinen mag. Von *Rainer Behring* wird aber gegen eine Tendenz der Geschichtsschreibung, die eigenständige Rolle Müllers in der Frühphase der Weimarer Republik zu übersehen sowie in der Spätphase einseitig das Scheitern 1930 zu betonen, sein wesentlicher Beitrag zu dem hervorgehoben, was später die »Weimarer Außenpolitik« der 1920er-Jahre genannt wurde: Schon zuvor als Außenminister im Kabinett Bauer ist Müller für jene gestaltende Verständigungs- bzw. Erfüllungspolitik (dem Versailler Vertrag gegenüber) eingetreten, für die später Reichskanzler Wirth (Zentrum) und die Außenminister Rathenau (DDP) und insbesondere Stresemann (DVP) zwar damals Angriffe von rechts (bei Rathenau bis zum Mord 1922) erfuhren, aber historisch gewürdigt worden sind.⁷

Hingegen blieb der in Königsberg geborene Otto Braun in seiner Aufstiegs- und Amtsperiode dem – allerdings Deutschland zu fast zwei Drittel prägenden und im Kaiserreich bis 1918 auch politisch weitgehend bestimmenden – preußischen Wirkungskreis verbunden, wie *Siegfried Heimann* darlegt. Das galt zunächst für die scharfe Konfrontation mit dem preußischen Obrigkeitsstaat und seinem Dreiklassenwahlrecht bis 1918 sowie dem Einfluss der Großgrundbesitzer auch darüber hinaus. So wurde Braun noch in dessen Zeit als Landwirtschaftsminister, die seiner Ministerpräsidentschaft unmittelbar vorausging, eher dem linken Parteiflügel der SPD zugeordnet, seitdem die Vorkriegslinken sich zumeist in der USPD versammelt hatte. Erst die

7 Dass auch zeitgenössisch nicht die vornehmlich Politiker »bürgerlicher« Parteien erwähnende Version der künftigen Geschichtsschreibung kursierte, bezeugt kein Geringerer als der Weimarer Reichstagspräsident (1920–1932) Paul Löbe in seiner Eigenschaft als Redner der SPD-Fraktion in einer Amtszeitunterbrechung: »Herr Dr. Stresemann hat während des Wahlkampfes auch in meinem Heimatwahlkreis Breslau gesprochen und hat mit seiner Redebegabung auch dort Tausende in seinen Bann gezogen. Es kam daher ein Freund von mir aus der Versammlung und sagte: Stresemann hat eine glänzende Rede gehalten, aber eins, Genosse Löbe, muß ich Ihnen gestehen: Über die Erfüllungspolitik hat er uns genau dasselbe gesagt, was Sie uns vor vier Jahren gesagt haben«; Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924. Bd. 381: Stenographische Berichte, Berlin 1924, 8. Sitzung v. 5.6.1924, S. 122 A.

langjährige Rolle als Regierungschef, mit welcher er das Fehlen von SPD-Reichskanzlern zwischen 1920 und 1928 gewissermaßen überbrückte, hat ihn zunehmend gouvernementalisiert und zur Vertretung einer neuen demokratischen Staatsautorität in und durch Preußen auch geradewegs personifiziert. Dass Braun nach dem Tod Eberts zum wichtigsten Repräsentanten einer Regierungssozialdemokratie wurde, dokumentiert auch seine Kandidatur zu dessen Nachfolge im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentschaft 1925. Auch wenn Braun in der Stichwahl zugunsten des Zentrumskatholiken Wilhelm Marx zurückgezogen wurde (der gegen Hindenburg knapp unterlag), erwiesen sich die von ihm zuvor gewonnenen 29 % als Vertrauenskapital. Dieses konnte auf die künftig unangefochtene Führungsrolle als preußischer Regierungschef übertragen werden, bevor die »Reichsexekution« unter dem reaktionären Kabinett von Papen im Juli 1932 seinem demokratischen Preußen schon vor Hitlers Kanzlerschaft ein jähes Ende setzte.

2 Sozialdemokratische Kanzler Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland⁸

Als einziger Regierungschef des betrachteten Zeitraums – und darin wohl auch sonst weltweit singulär über mehrere Epochengrenzen hinweg – stand Karl Renner 1918 so wie 1945 an der Spitze zweier österreichischer Republikgründungen. Dabei begünstigte ihn zwar die Langlebigkeit (er war 1945 älter sogar als Kanzler Adenauer bei Amtsantritt 1949), welche den nach ihm geborenen Ebert und H. Müller nicht zu eigen war. Aber der ebenfalls nachgeborene und Renner um einige Jahre überlebende O. Braun fand nach 1945 aus der Exilzeit nicht in politische Funktionen zurück. Das galt nicht gleichermaßen auch für den ähnliche (nur einige Monate unterbrochene) zwölf Amtsjahre in der Weimarer Republik aufweisenden sozialdemokratischen

8 Zu den Kanzlerschaften seit 1949 im Überblick: Stephan Klecha, Bundeskanzler in Deutschland. Grundlagen, Funktionen, Typen, Opladen 2012.

Reichstagspräsidenten Paul Löbe (1875–1967), der 1925 neben Braun als Nachfolger Eberts im Gespräch war: Löbe nahm Parteiämter und repräsentative Aufgaben auch nach 1945 wahr, z. B. Alterspräsident des ersten Bundestages 1949, als Berliner Abgeordneter aber ohne eigenes Stimmrecht. Wie dem Beitrag von *Richard Saage* zu entnehmen ist, profitierte Renner in der Möglichkeit seines Doppelantritts, neben seiner Eignung als versierter Staatsmann, vor allem von zwei Faktoren: Österreich nutzte die einseitig betonte Opferrolle in Hitlers Anschlusspolitik, um schon unmittelbar mit Ende des Krieges wieder eigene Innenpolitik betreiben zu können. Zudem hatte Renner die NS-Zeit im nun sowjetisch besetzten Ostteil des Landes verbracht und diente so dieser Siegermacht als ein (auch im Westen reputierlicher) Ansprechpartner, der sich an die Spitze eines Übergangskabinetts stellen konnte, das neben den beiden Großparteien auch die nur kurzzeitig etwas bedeutsameren Kommunisten einschloss.

Immerhin noch politische Jugendprägungen in der Republikzeit vor 1933 erfahren zu haben, unterscheidet bei den sozialdemokratischen Kanzlern der 1970er-Jahre Willy Brandt (und Bruno Kreisky) von Helmut Schmidt, trotz ihres Abstandes von nur fünf Geburtsjahren. Als noch bedeutsamer für das Heranreifen eines Regierungschefs über die Zwischenstationen des Berliner Regierenden Bürgermeisters und deutschen Außenministers ist aber die skandinavische, insbesondere norwegische Exilerfahrung Brandts einzuschätzen. Dies für vielfältige Aspekte herauszuarbeiten, ist über einen Abriss des bekannteren Profils der Kanzlerjahre hinaus das spezifische Anliegen des Textes von *Einhart Lorenz*. Dabei werden diverse Klischees berichtigt, beginnend mit dem ursprünglichen Grund für den ersten Aufenthalt in Norwegen 1933 (Parteiauftrag der linkssozialistischen SAP), der aber wegen bald einsetzender Verfolgung in Deutschland unmittelbar zum Exilstatus hinübergewachsen ist. Deutlich wird der politische Lernprozess des jungen Brandts, der parallel mit der zunächst auch linkssozialistischen norwegischen Arbeiterpartei auf deren Regierungsweg sich allmählich in reformerischer Richtung weiterentwickelte. Darin wurde er von den schwedischen Jahren (nach deutscher Besetzung Norwegens) in Begegnung mit einer trotz

bzw. zur Erhaltung der absoluten Mehrheit um reformorientierte gesellschaftliche Konsensstiftung bemühten, gleichzeitig klassen- und allmählich schon »volksparteilichen« Sozialdemokratie noch weiter bestärkt. Wenig bekannt ist auch, dass Brandt bereits in den skandinavischen Exiljahren wichtige Grundzüge der später für ihn charakteristischen außenpolitischen Konzeption entwickelt hat, was durch Erfahrungen als Regierender Bürgermeister in Berlin freilich noch konkretisiert und teilweise modifiziert wurde.

Eine häufig übersehene Gemeinsamkeit der seit den schwedischen Jahren befreundeten späteren Regierungschefs Brandt und Kreisky ist auch die innenpolitische Bürde der internationalen Beziehungen fördernden Exilzeit. Angesichts einer scheinbar unaufhaltsamen Erfolgslinie (stets mehrere Prozente Stimmenzuwachs) von Brandt in seinen Kanzlerkandidaturen von 1961 bis 1972 wird oftmals vergessen: Nach dem unter hochgesteckten Erwartungen bleibenden Wahlergebnis der SPD von 1965, mit kaum vermindertem Abstand zur ebenfalls hinzugewinnenden CDU/CSU des »Wirtschaftswunder«-Kanzlers Erhard, wollte er kein drittes Mal antreten; zu massiv hatten ihn gerade auch die Anfeindungen wegen seines Lebenswegs getroffen und am entscheidenden politischen Durchbruch offenbar gehindert. Wohl erst die zusätzliche Profilierungsmöglichkeit als Vizekanzler und Außenminister in der Großen Koalition in Verbindung mit einer forcierten Öffnung der politischen Kultur der Bundesrepublik erwirkten 1969 den Regierungswechsel, zusammen mit einer sich gegenüber der »nationalen« Ära Mende zeitweilig für einen »linkeren« Liberalismus öffnenden FDP.

Die Parallelen mit Österreich sind – über den nur ein halbes Jahr nachfolgenden Zeitpunkt des Beginns der Kanzlerschaft von Kreisky hinaus – trotz verbleibender Unterschiede frappierend, wie sich aus dem Beitrag von *Oliver Rathkolb* ergibt: Auch Kreisky hatte, was sein betont selbstbewusstes Auftreten öffentlich überspielte, seine Exiljahre als Hindernis des möglichen Weges zur Kanzlerschaft betrachtet. Zumal galt dies wegen seiner jüdischen Herkunft in einem (besonders seit dem antisemitischen Wiener Bürgermeister Lueger) traditionell – schon vor den NS-gesteuerten Ressentiments – emp-

fänglichen katholischen Land. Die christdemokratische ÖVP plakatierte ihren Kanzler Josef Klaus 1970 mit besonders markant stilisiertem Kopf und kaum zu verkennendem Seitenhieb gegen den Herausforderer Kreisky als »echten Österreicher«. Aber das veränderte Meinungsklima in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre in Verbindung mit Überdross an (zuletzt sogar Allein-)Regierungen von ÖVP-Kanzlern ließ Kreisky mit seiner SPÖ 1970 die relative und dreimal hintereinander (1971, 1975, 1979) die absolute Stimmenmehrheit erringen. Das konnten sogar die von 1932 bis 1976 den Regierungschef innehabenden Sozialdemokraten in Schweden nicht vorweisen (»nur« 1940 und 1968); dort wurden dann Minderheitskabinette z. B. von einer schon frühzeitig sozusagen »eurokommunistischen« Partei gestützt. Von Brandt unterschiedene außenpolitische Akzente Kreiskys vor allem im Nahostkonflikt erklären sich aus dem neutralen Status Österreichs wie auch dem lange abweichenden Umgang mit der »Bewältigung« von NS-Vergangenheit.

Von Willy Brandt zu Helmut Schmidt⁹ erfolgte 1974 der einzige Wechsel der hier betrachteten Regierungschefs, an dessen Beginn weder eine Staatsneukonstituierung (zweimal Renner sowie Ebert/Scheidemann) noch eine innere Staatskrise (»Versailles«: Scheidemann zu Bauer, Kapp-Lüttwitz-Putsch: von Bauer zu Müller und gleichzeitig zu Braun in Preußen) oder ein Wahlerfolg stand (Müller II, Brandt 1969 und Kreisky 1970). Bis heute nicht hinreichend geklärt sind die genauen Umstände sowie Motive, aber vermutlich wünschte Fraktionschef Herbert Wehner (1906–1990) im Hintergrund mehr den Kanzlerwechsel, als ihn Schmidt zu diesem Zeitpunkt aktiv betrieb, wenngleich er wohl Brandt unter günstigeren Umständen einmal nachfolgen wollte. Der Überblick bei *Hartmut Soell* zum politischen Werdegang Schmidts und dessen Kanzlerjahren macht zwar auch die zeitgenössisch wenig beachtete geistige Verortung in Kant'scher Pflichtethik und Poppers Kritischem Rationalismus deutlich, ebenso

9 Als Fundgrube für die Beziehungen beider Spitzenpolitiker ist jüngst erschienen: Willy Brandt – Helmut Schmidt. Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), Hg. Meik Woyke, Bonn 2015.

Die Autoren und Herausgeber

Rainer Behring,

geb. 1965, Dr. phil.; Historiker, lehrt Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Einen Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Interesses bildet die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Peter Brandt,

geb. 1948, Dr. phil.; Professor em. für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte sowie Direktor des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften an der FernUniversität in Hagen.

Bernd Braun,

geb. 1963, Dr. phil.; stellv. Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Heidelberg, Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Revolution von 1848/49, des deutschen Parlamentarismus und des deutschen Exils ab 1933.

Christian Gellinek,

geb. 1930, Professor em. (University of Florida); studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen, Yale Ph. D. in Germanistik, Full Professor University of Florida, Gainesville, 1971–1987, chairman; Gastprofessor für Politische Wissenschaften, Universität Vechta, 2007–2010.

Siegfried Heimann,

geb. 1939, Priv.-Doz., Dr. phil.; Historiker und Politikwissenschaftler, FU Berlin. Mitherausgeber der Zeitschrift »WerkstattGeschichte«; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der SPD und zur Geschichte Berlins.

Detlef Lehnert,

geb. 1955, Dr. phil.; Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Präsident der Hugo-Preuß-Stiftung und Vorstandsvorsitzender der Paul-Löbe-Stiftung Weimarer Demokratie.

Einhart Lorenz,

geb. 1940, Dr. phil.; Professor i. R. für europäische Geschichte an der Universität Oslo, Mitglied des Internationalen Beirats der BWBS. Wichtigste Arbeitsgebiete: Deutschsprachiges Exil, Geschichte der europäischen Juden, Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.

Walter Mühlhausen,

geb. 1956, Dr. phil.; Historiker, ist Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und lehrt als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt.

Tim B. Müller,

geb. 1978, Dr. phil.; Historiker am Hamburger Institut für Sozialforschung, Redakteur der »Zeitschrift für Ideengeschichte«, Publikationen zuletzt: »Nach dem Ersten Weltkrieg: Lebensversuche moderner Demokratien« (2014), als Herausgeber zusammen mit Adam Tooze »Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg« (2015).

Oliver Rathkolb,

geb. 1955, Dr. jur., Dr. phil.; Universitätsprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und Institutsvorstand; Herausgeber der Fachzeitschrift »zeitgeschichte«; Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Hauses der Geschichte Österreich.

Richard Saage,

geb. 1941, Dr. phil.; Professor i. R. für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und OM an der Sächsi-

schen Akademie der Wissenschaft zu Leipzig. Schwerpunkt: Politische Theorie und Ideengeschichte.

Hartmut Soell,

geb. 1939, Dr. phil.; lehrte als Professor für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg. Er war mehrere Jahre Mitarbeiter des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt und von 1980 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestags.